

- | | | |
|----|---|---------------|
| 11 | Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten
SPD-Fraktion
(Stadt m., OrdV ffd.) | 0368/6 |
| 12 | Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk – Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen!
Fraktion DIE LINKE | 0371/6 |
| 13 | Verschiedenes | |
| 14 | Nichtöffentlicher Teil | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Fenske
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Balkow

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0276/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Brücke über die Spree für Bedürfnisse von Radfahrenden und zu Fuß Gehenden priorisieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die für die Verlängerung des Spreewegs nötige Brücke über die Spree mit einer Radverkehrsanlage sowie einem Fußweg in beide Richtungen schnell geplant und umgesetzt wird.

Der BVV ist bis zum 31.1.2023 zu berichten.

Begründung:

Die bisherige Planungen für die zur Reaktivierung der Siemensbahn nötigen Brücke sowie für die Sanierung der Rudolf-Wissell-Brücke sehen keine Integration des Fuß- und Radverkehrs vor. Die Planung und Umsetzung einer Brücke für unmotorisierte Verkehrsteilnehmer*innen ist dringend geboten, da diese Querungsmöglichkeit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau und Reinickendorf viel besser verbinden würde. Ein so wichtiger Neubau für gemeinsame, umweltfreundliche Mobilität für die gesamte Stadt muss unbedingt priorisiert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke-Friedrich-Heyne

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0293/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Nachverdichtungspotentiale heben

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die im Zuge der durchgeführten Untersuchungen zur Überbaubarkeit freistehender und eingeschossiger Einzelhandelsstandorte eruierten 17 Standorte mit einem Nachverdichtungspotential von rd. 1.300 Wohneinheiten mit jeweils rd. 100 m² schnellstmöglich zu heben und in die Planungen zur Bebauung der ermittelten Standorte einzusteigen. Hierzu ist der Kontakt zu den Grundstückseigentümern aktiv zu suchen und eine kooperative Art der Grundstücksentwicklung mit dem Ziel der Schaffung von neuem Wohnraum im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu wählen.

Begründung:

In Charlottenburg-Wilmersdorf herrscht weiterhin ein enormer Druck auf dem Wohnungsmarkt. Um diesem begegnen zu können, müssen erkannte Potentiale genutzt und gehoben werden, um unterausgenutzte Grundstücke nachzuverdichten und Wohnungen zu bauen. Die Nachverdichtung im bereits stark urbanisierten Umfeld verringert weiterhin den Verlust von unversiegelten Flächen und reduziert die sonst notwendige Schaffung von neuer Infrastruktur wie Schulen, Kindergärten, Straßen usw. in Neubaugebieten

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Chen/Balkow

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0361/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt ein Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einzuführen, die im Rahmen von städtebaulichen Verträgen oder nach der Berliner Bauordnung zu schaffen sind und sich bei den zuständigen Senatsverwaltungen dafür einzusetzen, dass den Bezirken im Zuge der Novellierung der BauO Bln für die Abnahmen und dauerhaften Kontrollen entsprechende Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.23 zu berichten.

Begründung:

Der Versorgungsgrad mit Spielplatzflächen weist nach dem Richtwert des Berliner Kinderspielplatzgesetzes in allen Bezirken ein erhebliches Defizit aus.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Kaufmann/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0366/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Per Express in die City-West

Die BVV möge beschließen:

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, sich in der 2023 beginnenden Erarbeitung des neuen Landesnahverkehrsplan Berlin dafür einzusetzen, dass die Buslinie X9 oder eine neue Express-Buslinie mit einer vergleichbaren Routenführung, die mindestens den U-Kurt-Schumacher-Platz, die Urban Tech Republic, den Bahnhof Jungfernheide, den U-Mierendorffplatz, den U-Richard-Wagner-Platz, den U-Ernst-Reuter-Platz und den Bahnhof Zoo in einem hochfrequenten Takt miteinander verbindet, wieder eingesetzt wird. So ist auch eine barrierefreie Fahrt mit dem ÖPNV aus Charlottenburg-Nord in die City-West wieder möglich.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Für die Einwohner:innen von Charlottenburg-Nord und dem Mierendorff-Kiez war die Buslinie X9 jahrelang die direkte Expresslinie in die City-West. Schnell, barrierefrei und ohne Umstieg zum Bahnhof Zoo zu gelangen, erfüllte für die Bürger:innen eine wichtige Funktion. Mit der Schließung des Flughafen Tegel wurde die Linie X9 jedoch eingestellt. Aktuell führt der Weg in die City-West für die Einwohner:innen von Charlottenburg-Nord und dem Mierendorff-Kiez entweder mit der U-Bahn mittels Umstieg am nicht-barrierefreien U-Bismarckstr, mit der S-Bahn via Westkreuz oder mit der wesentlich längeren Busfahrt mit der Buslinie 109. Wir fordern deshalb, dass der X9er oder eine vergleichbare Express-Buslinie wieder eingesetzt wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Kaufmann/Dr. Tesch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0368/6**

Beratungsfolge:

Datum Gremium

BVV

Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten

Die BVV möge beschließen:

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, sich in Zuge einer zukünftigen Sanierung des Bahnhofs Jungfernheide und seiner Vorplätze an der Olbersstraße und Max-Dohrn-Straße im gemeinsamen Prozess mit dem Senat, der Deutschen Bahn und der BVG für eine Neugestaltung einzusetzen, die folgende Punkte berücksichtigt:

Das Bahnhofsgebäude soll so verändert werden, dass enge, verwinkelte und schlecht einsehbare Räume aufgelöst werden und Fahrgästen eine bessere Orientierung ermöglicht wird. Das schließt die räumliche Platzierung von Gewerben und Informationstafeln ein. Die lange und enge Passage unter der Bahntrasse soll breiter und offener- sowie besser einsehbar ausgestaltet werden.

Der Bahnhofsvorplatz an der Olbersstraße soll räumlich offen gestaltet werden. Vor allem der schlecht einsehbare und schlecht beleuchtete Weg entlang der Kita und der Kleingärten soll in seiner jetzigen Form nicht mehr existieren. Der Zugang zum Bahnhof soll von der Olbersstraße über einen offen gestalteten Vorplatz ermöglicht werden. Hohe Aufenthaltsqualität soll hergestellt werden. Dazu gehören Sitzgelegenheiten, ausreichend Mülleimer und entsiegelte Flächen mit Stadtgrün. Der Spielplatz und der Bolzplatz sollen erhalten bleiben. Der Platz soll zu jeder Tageszeit gut ausgeleuchtet sein. Für die Müllcontainer, die von den Gewerben im Bahnhofsgebäude genutzt werden, soll es ein geschlossenes Häuschen geben, damit Schädlinge nicht mehr den Platz belasten.

Am Ausgang Max-Dohrn-Straße soll eine geeignete Lösung für die Bushaltestelle sowie die künftig entstehende Endhaltestelle der Tram gefunden werden, die die Passagierströme aus dem Bahnhof intelligent lenkt und in einem Wartebereich mit ausreichend

Platz und Aufenthaltsqualität mündet. Der unmittelbare Ausgangsbereich soll so umgestaltet werden, dass sich Passagiere, die auf die nächste Bahn warten oder eine Reisepause einlegen, dort gerne aufhalten.

Im Gesamtkonzept soll geprüft werden, an welchen Orten öffentliche WCs am sinnvollsten platziert werden können.

An beiden Ausgängen sollen ausreichend überdachte Fahrradstellplätze geschaffen und gestalterisch gut eingebunden werden. Ein Fahrradparkhaus an der Max-Dohrn-Str. ist zu prüfen.

Bei der Ausgestaltung sollen die Bürger:innen früh beteiligt werden.

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, die in diesem Antrag genannten Maßnahmen, deren Umsetzung bereits vor dem Gesamtumbau des Bahnhofs möglich sind, zügig umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

Begründung:

Der Bahnhof Jungfernheide ist in seiner Gestaltung ein Relikt aus städte- und verkehrsplanerisch längst vergangenen Tagen. Weder das Bahnhofsgebäude noch seine Vorplätze weisen derzeit eine nennenswerte Aufenthaltsqualität auf. Wir fordern, dass diese Missstände baulich behoben werden und der Bahnhof Jungfernheide endlich in seiner Gestaltung seiner Rolle als regionaler Verkehrshub gerecht wird.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0371/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk – Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, umgehend den bereits 2017 beschlossenen „Bezirksentwicklungsplan Soziale Infrastruktur“ (DS 0183/5) für den Bezirk zu erstellen, um den (wachsenden) Bedarf an Schulen, Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Spielplätzen, Grünflächen und kulturellen sowie generationenübergreifenden Begegnungsräumen gerecht zu werden.

Das Bezirksamt wird aufgefordert, das Soziale Infrastruktur-Konzept (SIKo) für Charlottenburg-Wilmersdorf und daraus resultierenden Bedarfe in die nächste Investitionsplanung des Bezirks aufzunehmen und fortlaufend in einer Flächen- und Maßnahmenplanung fortzuschreiben.

Der BVV ist bis zum 30.09.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Aufstellung des SIKo wird vom Bezirksamt seit Jahren hinausgezögert. Zuletzt wurde die Fortschreibung eines nicht veröffentlichten und nicht mehr aktuellen Entwurfs auf den Zeitraum 2020/21 festgelegt. Dies wird der dynamischen Entwicklung des Bezirks nicht gerecht.

Die wachsende Bevölkerung im Bezirk erfordert die umgehende Aufstellung eines solchen Konzepts zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Planung. Beispielsweise die Planung rund um die Mierendorff-Insel zeigt die Notwendigkeit eines SIKo, das bisher verschleppt wurde. Es fehlen dringend notwendige Flächen für soziale und grüne Infrastruktur. Der Zuzug Tausender Menschen erfordert Flächen für Nachbarschaftszentren, Begegnungsräume für Jung und Alt, Schulen und Kitas, Kultur- und Grünflächen.